



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 18. Februar 2022 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

neben den Anpassungen der Corona-Politik und einem gestaffelten, verantwortlichen Öffnungsprozess steht derzeit die Außenpolitik besonders im Fokus. Dabei hat uns in dieser Woche vor allem die russische Aggression an der Ost-Grenze der Ukraine beschäftigt. Aber auch die Bundeswehreinsätze zur Förderung der Friedens- und Sicherheitsarchitektur auf dem afrikanischen Nachbarkontinent sowie im Mittelmeerraum standen auf der Agenda. In meiner Rede zur Mission UNMISS im Südsudan, einem erst seit knapp 11 Jahren bestehenden ostafrikanischen Staat, bin ich auf die besonderen Herausforderungen und friedensfördernde Wirkung unseres Engagements eingegangen.

Darüber hinaus hat es Erneuerung an der Spitze der CDU-/CSU-Fraktion gegeben. Ich danke Ralph Brinkhaus für

seine Fraktionsführung und seine tiefgreifenden Reformen und Modernisierungen der Fraktionsarbeit. Er ist nicht nur in rhetorischer Hinsicht ein exzellenter Repräsentant unserer Fraktion gewesen, sondern hat durch hohe Management-Kompetenz den Arbeitsmodus der Fraktion stark verbessert. Ralph Brinkhaus hat sich als starke Führungspersönlichkeit bewährt. Ich gratuliere unserem Parteivorsitzenden Friedrich Merz zum Fraktionsvorsitz. Auch von ihm können wir Führungsstärke und Klarheit erwarten – zwei wichtige politische Eigenschaften, die ich bei unserem Bundeskanzler und dieser Koalition in wesentlichen Fragen der Tagespolitik sehr vermisse.

Viel Spaß bei der Lektüre und ich freue mich auf Ihre Anregungen & Rückmeldungen!

Herzlichst,
Ihr Markus Koob



Schwerpunkte der Woche | 14.-18. Februar 2022

Vorsorgekonzept gegen Covid-19 • Russlands Aggression gegenüber der Ukraine • Zwei Jahre nach Hanau: Rechtsextremismus und Hass bekämpfen • Energiepreis-Explosion in Deutschland • Friedrich Merz wird Fraktionschef • Rede zum Bundeswehreinsatz im Südsudan

Für die nächste Corona-Welle gewappnet sein.

Nach zwei Jahren Corona-Pandemie wächst die Hoffnung, dass mit dem Abebben der Omikron-Welle das Schlimmste bald überstanden ist. Doch keiner kann vorhersehen, was im Herbst drohen könnte. Für den Fall, dass sich eine neue gefährliche Mutante ausbreitet, haben wir ein Impfvorsorgegesetz vorgeschlagen. Nur eine hohe Impfquote schützt vor Covid-19. Auf dieser Grundlage schlagen wir ein Vorsorgekonzept gegen Covid-19 vor, mit Fokus auf Impfreisregister, Impfkampagne und Impfmechanismus. Unser Ziel: eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern

Standpunkt: Die Corona-Politik ist ein weiterer Schauplatz der Führungsschwäche und handwerklichen Defizite der Bundesregierung. Der Bundeskanzler und der Bundesgesundheitsminister haben es unterlassen, sich mit einem Regierungsentwurf in dieser Angelegenheit einzubringen und damit den Ball in das Feld des Parlamentes gelegt. Bislang ist die Unionsfraktion die einzige Fraktion mit einem fertigen Konzept. Die Regierung hat sich der Verantwortung entzogen und diese auf die Abgeordneten abgeschoben. Der politische Befund: Die Ampel leuchtet auch in dieser Frage nicht, sondern stochert weiterhin im Nebel.

Unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz hat der Regierung „handwerklich miserable Arbeit“ bescheinigt. Diesem Urteil kann ich mich nur anschließen. Aus meiner Sicht muss jetzt eine Vorsorge getroffen werden für den Fall, dass eine wie auch immer gearbete Impfpflicht im Herbst nötig wird. Eine Impfpflicht zum jetzigen Zeitpunkt wäre nach meiner Einschätzung zur Bekämpfung von Corona rechtlich schwer begründbar, wenngleich ich mit Respekt und Nachvollziehbarkeit den Argumenten von Parlamentarierinnen und –kollegen begegne, die eine allgemeine Impfpflicht oder eine Impfpflicht ab 50 Jahren für notwendig erachten. Aber es ist sehr

richtig, jetzt die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit eine ggf. später erforderliche Impfpflicht administriert und in der Praxis vollzogen werden kann. Ein solches, abgewogenes und mehrstufiges Vorgehen sichert den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz unserer Verfassung und eignet sich auch für eine höhere Bevölkerungsakzeptanz. •

Russland geschlossen gegenübertreten.

Der Bundestag hat am Donnerstag auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion über die Ukraine-Krise debattiert. Wir haben eine Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Parlament eingefordert und uns unmissverständlich zur Unantastbarkeit der Souveränität der Ukraine bekannt.

Standpunkt: Mein Kollege Johann Wadepful, unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender, sprach mit einer Frage vielen Abgeordneten und weiten Teilen der Bevölkerung aus dem Herzen: „Wo sind Sie, Herr Scholz“? Es wäre angesichts eines drohenden Kriegs in Europa angemessen und des massiven Truppenaufmarschs Russlands an der Grenze zur Ukraine angemessen gewesen, dass der Bundeskanzler in einer solchen Krise die Politik der Bundesregierung vor dem Parlament erläutert hätte.

Gleichzeitig stehen wir als Union dazu, dass die Außenpolitik keine Domäne der Auseinandersetzung von Regierung und Opposition sein darf. Insofern bekräftige ich als Außenpolitiker, dass die Bundesregierung sich in ihrem verantwortungsvollen Verhalten in der Krise auf unsere Unterstützung verlassen kann. Daher haben wir der Außenministerin für ihre Bemühungen einen ausdrücklichen Dank ausgesprochen und würdigen auch den vierstündigen Austausch zwischen dem Bundeskanzler und Präsident Putin. Für mich ist klar: Russland ist nicht unser Feind, aber der Aggressor in diesem Konflikt; die Souveränität der Ukraine gilt es zu betonen, eine Ausrüstung der Ukraine mit Defensivgütern muss weiterhin geprüft werden und diplomatischen

Bemühungen ist ein Vorrang einzuräumen. Im Ernstfall müssten alle Optionen eines Sanktionspakets gezogen werden. •

Zwei Jahre nach Hanau: Rechtsextremismus und Hass bekämpfen.

Vor zwei Jahren wurden neun Menschen in Hanau aus rechtsextremen Motiven ermordet. Aus diesem Anlass gab es eine Bundestagsdebatte, in der insbesondere den Angehörigen der Mordopfer unsere Gedanken galten.

Standpunkt: *Der politische Auftrag – auch angesichts dieser Tat – ist für uns ist klar: Wir müssen jede Form von Extremismus und Hass entschieden bekämpfen. Jeder Mensch soll sich unabhängig von seinem Glauben, seiner Herkunft oder anderer Identitätsmerkmale sicher fühlen. Um diese Sicherheit zu gewährleisten, brauchen Sicherheitsbehörden auch zeitgemäße Befugnisse, um beispielsweise Hass in seinen digitalen Resonanzräumen besser bekämpfen zu können. Darüber hinaus brauchen wir eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wehrhaftigkeit der streitbaren Demokratie fängt bei jedem Einzelnen an. Jeder kann einen Beitrag leisten, dass Hass, Verhetzungen und Verunglimpfungen – egal ob in digitalen oder analogen Räumen – nicht unwidersprochen bleiben. •*

Energiepreis-Explosion bekämpfen.

Die stark gestiegenen Energiepreise treffen besonders Haushalte mit geringen Einkommen, aber auch die breite Mittelschicht sowie die Unternehmen und Kommunen in Deutschland sehr stark. Insbesondere energieintensive Wirtschaftszweige sehen zusehends ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährdet, damit sind auch Arbeitsplätze bedroht.

Standpunkt:

Steigende Energiepreise dürfen nicht zu Existenzängsten führen. Jetzt muss beherzt gehandelt werden – statt halbherzig wie durch die Ampel-Koalition. Daher ist ein Entlastungspaket wichtig – wir haben es in dieser Woche vorgeschlagen. Wichtige Bereiche der Grundversorgung wie Energie, Mobilität und Wohnen müssen für jedermann bezahlbar bleiben. Wir wollen deshalb die Erneuerbare-Energien-Umlage so schnell wie möglich abschaffen, mit der alle privaten und gewerblichen Verbraucher über die Stromrechnung belastet werden. Der Staat darf kein Nutznießer steigender Energiepreise sein. Die Stromsteuer muss auf den europarechtlichen Mindestsatz abgesenkt werden und der Heizkostenzuschuss soll bedarfsgerecht ausgeweitet werden. Auch die Menschen, die tagtäglich zur Arbeit pendeln, brauchen Unterstützung. Darum muss die Pendlerpauschale erhöht werden. Um Arbeitsplätze besonders in energieintensiven Bereichen zu sichern, müssen außerdem die Unternehmen gezielt unterstützt werden. •

Friedrich Merz führt die CDU-/CSU-Fraktion

Friedrich Merz ist neuer Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Merz kündigte eine entschlossene Oppositionsarbeit an und bezeichnete die Bundestagsfraktion als das „Kraftzentrum von CDU und CSU.“

Standpunkt: *Ich bin froh und begrüße es ausdrücklich, dass wir damit in allen Fragen der Führung von Partei und Fraktion Klarheit geschaffen haben. Damit können wir im Bundestag schlagkräftig arbeiten und sind darüber hinaus handlungsfähig. Ich werde unseren Partei- und Fraktionschef mit allen Kräften bei dem Erneuerungsprozess unterstützen. •*

Im Wortlaut:

Rede zur Verlängerung der UN-geführten Mission UNMISS (United Nations Mission in South Sudan), Donnerstag, 17. Februar 2022

Auszug aus dem Plenarprotokoll

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Beim letzten Redner in einer Debatte kommt selten noch etwas Neues. Deshalb fange ich auch mit dem an, was uns in diesem Haus geeint hat in dieser Debatte, nämlich die ernsthafte Sorge um die Menschenrechte vor Ort, um die Hungerssituation der Menschen vor Ort, um die Extremwittersituationen, die die Menschen im Südsudan seit Jahren erleiden. Es ist unser aller Aufgabe, sich für diese Menschen einzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich schließe mich deshalb auch ausdrücklich dem Dank an unsere Soldatinnen und Soldaten vor Ort an, schließe aber auch alle zivilen Vertreter der NGOs ein, vor allem auch der NGOs - sie sind in der heutigen Debatte tatsächlich noch gar nicht erwähnt worden -, die sich um ein Relikt kümmern, das den Menschen dort vor Ort die tägliche Arbeit erschwert, nämlich das Beseitigen von Minen, von Munitionsrückständen. Ich glaube, wir sollten uns hier im Deutschen Bundestag noch einmal verstärkt anschauen, wie wir mit diesem Thema speziell in den nächsten Jahren umgehen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

So traditionell der Dank an unsere Soldatinnen und Soldaten und die NGOs - aus gutem Grund - ist, so traditionell ist meine Verwunderung über

die Haltung der Linken. Sie hatten eigentlich einen guten Einstieg, was die Beschreibung der Situation vor Ort angeht. Aber als konstruktive Opposition müssen Sie mir, einem anderen Oppositionspolitiker, wirklich einmal erklären, wie man in einem - laut VN-Lagebericht - der gefährlichsten Länder der Erde komplett ohne militärischen Beistand humanitäre Hilfe leisten soll. Das ist ja eine Diskussion, die wir hier bei allen Auslandseinsätzen führen, ob das Mali ist, ob das Südsudan ist. Ich glaube, das funktioniert nicht. Aber vielleicht können Sie mir ja erklären, wie das funktionieren soll.

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Vogler?

Markus Koob (CDU/CSU):

Gerne.

Kathrin Vogler (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie meine Zwischenbemerkung zulassen; aber Sie haben mich ja auch direkt angesprochen.

Ich war Ende 2010, kurz vor dem Referendum, im Südsudan. Damals war schon absehbar, wie die Entwicklung weitergehen könnte. Wir haben da mit vielen Akteuren gesprochen. Und wir haben auch Aktivistinnen und Aktivisten getroffen, die uns ganz klar gesagt haben: Hier sind die Konflikttagen. Wenn man uns stärker unterstützen würde, zivil zu handeln, dann könnten wir sehr, sehr viel machen. - Wir haben Aktivisten der Non-violent Peaceforce getroffen, die tatsächlich in der Situation, als die UNMISS-Truppen abgezogen wurden 2013 und in den Weihnachtsurlaub gingen, weil es zu brenzlich wurde, ihren Weihnachtsurlaub abgebrochen haben und in die Dörfer wieder reingegangen sind. Viele wichtige Hilfsorganisationen sagen uns immer wieder: Wir können da am besten arbeiten, wo das Militär am weitesten weg ist. - Das sollten Sie und das sollten auch

alle anderen Fraktionen hier im Haus endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Markus Koob (CDU/CSU):

Vielen Dank für die Erklärung; aber ich muss Ihnen sagen: Die reicht mir nicht. Vielleicht reden wir einfach mit unterschiedlichen Entwicklungshelfern. Die, mit denen ich rede, sagen mir - ob das Mali ist oder Südsudan -: Ohne militärische Präsenz können wir unsere Arbeit nicht machen. - Keiner von uns hier in diesem Haus ist der Meinung, dass wir nur einen militärischen Ansatz brauchen; keiner ist der Meinung, dass das Primat sein sollte. Aber dass wir in diesen Regionen komplett ohne militärische Mittel auskommen sollen, diese Meinung haben Sie in diesem Haus wirklich exklusiv für sich alleine.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich fasse als letzter Redner dieser Debatte, wie gesagt, die wesentlichen Herausforderungen zusammen - erwähnt worden sind sie alle -: Die humanitäre Lage im Südsudan ist dramatisch. Unsere Überzeugung ist es, dass wir genau aus diesem Grund nicht wegschauen dürfen, nicht sagen dürfen: „Jetzt ist der Zeitpunkt, Militär abzuziehen“, sondern dass wir uns dazu bekennen müssen, dass dieser Einsatz - der ja auch von den Soldatinnen und Soldaten vor Ort als äußerst sinnvoll erachtet wird - fortgesetzt wird, dass wir unserer Verantwortung auch gerecht werden. Als Außenpolitiker dürfen auch diesen Teil der Erde, der im Moment nicht im Fokus ist - weil andere Regionen stärker im Fokus sind -, nicht aus den Augen verlieren, sondern müssen uns weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, auch diesen Konflikt, der tatsächlich einer der prekärsten unserer Erde ist, zu lösen.

Außerdem - das ist auch schon gesagt worden - gibt es vor Ort nach wie vor viele Probleme. Es geht hier nicht darum, sich die rosarote Brille aufzusetzen oder etwas schönzureden. Ja, die Gewalt im Südsudan ist nach wie vor extrem; wir haben es mit sexualisierter Gewalt, wir haben es mit Waffengewalt, wir haben es mit immer wieder aufflammender Gewalt zu tun. Auch dort - das ist meine Überzeugung - machen UN-Blauhelme den Unterschied. Militärische Präsenz vor Ort trägt dafür Sorge, dass diese Gewalt wenigstens eingedämmt werden kann. Auch deshalb sprechen wir uns weiterhin für eine Beteiligung an diesem Einsatz aus.

Die Arbeit des UNHCR - auch das ist meine Überzeugung - ist ohne eine militärische Schutzkomponente bei diesem Einsatz ebenfalls undenkbar; das ist ein weiteres Argument dafür, diese Mission mit unserer Unterstützung fortzusetzen.

Deshalb - das war ja heute eine seltene Einmütigkeit in diesem Haus, von den Linken einmal abgesehen - spricht alles dafür, diesen Einsatz entsprechend zu verlängern und fortzusetzen. Das war ja heute erst die Einbringung. Aber ich darf für meine Fraktion schon ankündigen, dass wir dem Antrag der Bundesregierung für diesen Einsatz zustimmen werden. Ich freue mich auf die parlamentarische Beratung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)“